



Erklärung von Kopenhagen

WIR, DIE MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN, gewählte Vertreter der Gebiete, Regionen, Städte und Gemeinden der Europäischen Union,

IN DER ERWÄGUNG, dass die Veränderungen, von denen die europäischen Städte im Laufe der Jahrhunderte betroffen waren, zur Verteilung der Bevölkerung geführt, Austauschprozesse gefördert und kreative Lösungen in zahlreichen Bereichen beflügelt haben, so etwa im Rechtswesen, in der Politik oder auch in der Wirtschaft;

IN DER ERWÄGUNG, dass sich angesichts des industriellen Wandels, der Globalisierung und der Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Ungleichgewichte zwischen den Städten herausgebildet haben, die sowohl auf natürliche, strukturelle oder historische Zwänge als auch auf teilweise mangelnde institutionelle Kapazitäten zurückzuführen sind;

IN DER ERWÄGUNG, dass die Städte in einem Kontext extremer Sparzwänge für die öffentlichen Haushalte immer neuen Bedürfnissen ihrer Bewohner gerecht werden müssen und ein lebenswertes Umfeld schaffen wollen, in dem sie sich entfalten können, wobei sowohl die architektonische Qualität als auch ein besserer Zugang zu den Dienstleistungen hierfür Schlüssel sind;

IN DER ERWÄGUNG, dass die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und die Verringerung der Armut auch 20 Jahre nach dem dritten Erdgipfel in Rio de Janeiro noch nicht erreicht worden sind und dass die Rio+20-Konferenz nun Gelegenheit bietet, das politische Engagement für ein integriertes und globales Handeln zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung der Städte zu erneuern;

IN DER ERWÄGUNG, dass es zahlreiche Beispiele für die Fähigkeiten der lokalen Gebietskörperschaften gibt, sowohl auf interne Herausforderungen wie Zusammenhalt, Sicherheit, Arbeitslosigkeit und Armut als auch auf externe Herausforderungen wie Umwelt, Migration und internationalen Wettbewerb zu reagieren;

ERKLÄREN, dass die Europäische Union eine wesentliche Rolle übernehmen muss, um die territorialen Ungleichheiten abzubauen, und zwar insbesondere durch die Bereitstellung angemessener EU-Mittel, die Stärkung der Kohäsionspolitik und die Schaffung eines politischen und rechtlichen Rahmens, der die Entwicklung und die Autonomie der Städte fördert;

BEKRÄFTIGEN, dass die Maßnahmen der Europäischen Union nur dann konkret wirksam werden können, wenn die Städte und Regionen eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Europa-2020-Strategie übernehmen und als eigenständige Ebenen im Wege der Multi-Level-Governance fungieren;

BETONEN, dass die Städte wesentliche Bestandteile der Demokratie sind und im Rahmen der Multi-Level-Governance und einer verbesserten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips neue Muster für die Teilhabe der Bürger am öffentlichen und politischen Leben entwickeln können;

VERFECHTEN FOLGENDE ZIELE FÜR DIE EUROPÄISCHEN STÄDTE:

FORDERN ZUR **VERWIRKLICHUNG SCHÖNERER, ATTRAKTIVERER UND GRÜNERER STÄDTE** CO₂-neutrale Städte, die in allen Bereichen sparsam im Verbrauch und effizient in der Produktion sind. Über die Raumplanung muss sichergestellt werden, dass städtische und natürliche Lebensräume einander ergänzen und gleichzeitig das natürliche und kulturelle (auch architektonische) Erbe bewahrt und gefördert wird;

VERWEISEN DARAUF, dass die Städte an vorderster Front stehen, um die nachhaltige Entwicklung über ihre Politik für Wohnbau, Stadtsanierung, Ressourcenbewirtschaftung (insbesondere erneuerbare Energieträger, Wasser und Abfall) und Nahverkehr (Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der grünen Mobilität) auf den Weg zu bringen;

MACHEN ZUR **VERWIRKLICHUNG INTEGRATIVERER STÄDTE** DARAUF AUFMERKSAM, dass sie Orte des "Miteinanders" sind, in denen Solidarität als dauerhaftes Ziel verfolgt werden muss: Zugänglichkeit der öffentlichen Dienstleistungen für alle, Bekämpfung von Ghettobildung und Armut, Bereitschaft zur sozialen Durchmischung, insbesondere durch die Entwicklung politischer Konzepte für aktives Altern, soziale Innovation sowie generationenübergreifende und interkulturelle Solidarität;

DRINGEN ZUR **VERWIRKLICHUNG WETTBEWERBSFÄHIGERER STÄDTE** darauf, dass die Städte vorrangig in Humankapital, Bildung und Gesundheit sowie physische Infrastruktur und neue Technologien investieren müssen, um Innovation, Forschung und Kreativität zur Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern und ein lebenswerteres Umfeld zu schaffen;

WOLLEN ZUR **VERWIRKLICHUNG STÄRKER IN IHREM GEBIET VERWURZELTER STÄDTE** und zur harmonischen Entwicklung zwischen städtischem und ländlichem Raum die Anbindung der Städte an das transeuropäische Verkehrsnetz verbessern und ihre Fähigkeit stärken, Austauschprozesse mit den sie umgebenden stadtnahen sowie ländlichen Gebieten und Umlandbeziehungen aufzubauen, um die Ausbreitung der Städte zu verhindern und ein ausgewogenes Netz an kleinen und mittelgroßen Städten zu schaffen und den Verbrauch lokaler landwirtschaftlicher Produkte ohne lange Transportwege zu fördern;

FORDERN:

- dass DIE EUROPÄISCHE UNION diesen Zielen durch die finanzielle Unterstützung einer übergreifenden Stadtpolitik für das Europa von morgen Rechnung trägt;
- dass DIE EUROPA-2020-STRATEGIE vor Ort angesiedelt wird, um eine innovative Bottom-up-Dynamik anzustoßen, die von den Städten und Regionen getragen wird;
- dass der territorialen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Städten in DER POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION ein höherer Stellenwert eingeräumt wird;
- dass DIE ROLLE DER STÄDTE UND REGIONEN bei Gestaltung und Governance der europäischen Politik, insbesondere der integrierten Strategien zur nachhaltigen Entwicklung der Gebiete und für den Übergang auf eine kohlenstofffreie Wirtschaft, gestärkt wird;
- dass DIE EINBINDUNG der Städte und Regionen im Zuge einer konkreten und automatischen Umsetzung der Multi-Level-Governance verpflichtend wird;
- dass DIE ENTWICKLUNG HIN ZU MEHR DEZENTRALISIERUNG, die in der Mehrheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union stattfindet und mit der Finanzautonomie der Städte und Regionen einhergeht, verstärkt wird;
- dass in DER POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION die Rolle lokaler Aktionsteams gefördert wird, in deren Rahmen gewählte Volksvertreter, Fachleute und Vertreter der Zivilgesellschaft bemüht sind, durch die Mobilisierung weiterer Partnern im Rahmen integrierter und sektorübergreifender Ansätze den Wandel herbeizuführen;
- dass DIESE VISION DER STÄDTE VON MORGEN, die Rolle der Stadtpolitik und das europäische Gesellschaftsmodell auf dem Erdgipfel Rio+20 sowie in weiteren Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung wie dem Bürgermeisterkonvent verfochten und anerkannt werden. So sollte die Rio+20-Konferenz insbesondere zu der Einsicht führen, dass der Politik für eine nachhaltige städtische Entwicklung in der nationalen Nachhaltigkeitspolitik ein zentraler Stellenwert zukommen muss.

Kopenhagen, den 23. März 2012
